



## Der GFE - Skandal

Justiz macht HIGHTEC - Firma platt !

### Seite 4

# Die rechtswidrigen Handlungen und Unterlassungen der Justiz in Nürnberg

Bitte lesen Sie zunächst Seite 7 - und dann erst hier weiter. Danke.

Ich habe nachstehend ein paar § aus dem Internet heruntergeladen. Dies aus dem Grund, dass viele andere § - Anwendung finden können auf das Vorgehen der Justiz in Bayern gegen die

Lesen Sie zunächst diese Sachstandsschilderung und dann die § und fragen Sie dann mal A meinen !

Beginnen wir mit der Pressemeldung auf Seite 1 dieser Homepage.

Diese Pressemeldung ( PM ) ist **v o r s ä t z l i c h g e f ä l s c h t** , was sich sehr leicht beweisen lässt. Hierzu stelle ich die Beschuldigungen und die Tatsachen ganz einfach einmal gegenüber :

### Zitat aus Absatz 3 der PM :

" Nach dem Geschäftsmodell der Firmengruppe sollten deren Kunden die Anlagen anschließend durch den Pachtzins die versprochenen Renditen erzielen . "

Tatsache ist, dass die Sache mit dem " Verpachten " und " Pachten " erst im September 2001 wurde und auch keinerlei Verpflichtung beinhaltet, so zu verfahren.

Wie Sie dem Fragebogen auf Seite 3 entnehmen können, wurden die meisten BHKW aber schon entstanden. Entstanden war dieses Angebot aus der Gegebenheit heraus, dass die GFE gedrängt wurde noch über das schon umfangreiche Garantieangebot ( siehe z.B. Prospekte der GFE aus Mit BHKW hinausgingen im Hinblick auf die 20-jährige Betriebszeit der Anlagen.

Horst Kirsten äusserte sich damals dazu folgendermassen :

" Wenn ich schon für alles geradestehen muss, dann kann ich auch gleich pachten. "

Insofern handelt es sich bei dem Geschäftsmodell der GFE-Group keinesfalls um ein Kapital in der PM ist weiter unten ausdrücklich von " Anlegern " die Rede ), sondern um den Verkauf umfassender Garantien für den Betrieb dieser Anlagen, wozu dann im Laufe des Jahres ein Anlagen hinzutrat.

### Zitat aus Absatz 4 der PM, Satz 1 :

" ... vertriebenen Modelle weder unter technischen noch unter betriebswirtschaftlichen Aspekten. Hier wird der Vorsatz in den Fälschungen evident !

Das ZDF hat in seiner Sendung " Frontal 21 " am 07.12.2010 einen Bericht über die GFE aus versteckter Kamera ( trotz des Fotografiervorbotes ! ) Aufnahmen gemacht und hierbei kam DEKRA vom 24.09.2010 zur Sprache.

Die Verbrauchswerte an Rapsöl, welche in einem mehrseitigen Bericht der DEKRA Stuttgart festgeschrieben sind und dort sogar als " potentieller Bereichswert " deklariert werden, liegen auch der Staatsanwaltschaft vorliegen, allzumal Markus Gailfuß diese Werte im Internet via Video von br-online direkt nach dem 30.11.2010 zeigt - die Staatsanwaltschaft wohl schon 30.11.2010 Kontakt zu Markus Gailfuß hatte. Dies deutet er sogar auf seiner Homepage an

Dieser Verbrauchswert liegt mit 0,119 l / kWh noch erheblich unter den Prospektwerten von Weiterhin hatte z.B. der Vertrieb der GFE in einer Mail diesen Wert ebenso bekannt gemacht über 400 Personen am Gala-Abend der GFE, 25.09.2010, tat.

Der Staatsanwaltschaft war vor dem 30.11.2010 doch dann sicher auch bekannt, dass es die vom TÜV Süd Czeck von Ende Oktober 2010, welches den Wert der DEKRA durch einen Verbrauch kWh bestätigt.

Legt man diese begutachteten Verbrauchswerte zugrunde, so muß man fragen, welchen " \ Staatsanwaltschaft hierauf aufbauen will, es sei denn, da stecken ganz andere Absichten da. Der Brief der -Lords of Justice- " auf Seite 5 dieser Homepage eingegangen werden wird.

Mit diesen revolutionären Verbrauchswerten der GFE lassen sich sogar noch bei erheblich gering sehr gute Renditen erzielen, wie man leicht ausrechnen kann.

Erschwerend kommt zu Lasten der Staatsanwaltschaft und als weiterer Beweis für den Vor auch am Verkauf der BHKW bereits glänzend verdient hat.

Die Herstellkosten um BHKW mit einer Gesamtleistung von 150 kW in einem Container auf auszurüsten und einspeisefertig anzuschliessen betragen bei ordnungsgemäßer Wirtschaft Verkaufspreises. Selbst unter Berücksichtigung der anderen Kosten aus Verwaltung und Verkauf ein Überschuss von ca. 50 % des Verkaufspreises zugunsten der GFE !

Die oben zitierten Verdächtigungen der Staatsanwaltschaft entbehren somit in technischer Hinsicht jeglicher Grundlage !

Sie sind schlicht und einfach falsch -und dies vorsätzlich, da die Beschuldigung widerbere vorsätzlich, in die PM aufgenommen wurde !

## **Zitat aus Absatz 4 der PM, Satz 2 :**

" Stattdessen sollen die Beschuldigten von Anfang an geplant haben, nur so viele Blockheiz in Betrieb zu nehmen, wie es zur Vorspiegelung eines nicht existierenden Geschäftsbetriebs Diese Ausführungen in der PM sind regelrecht absurd !

Wie ich auf der Hauptseite ( Inhalt / Kurzdarstellung ) schon ausgeführt habe, begann das einer IDEE !

Da war sonst nichts - keine riesigen Gebäude, keine gigantische Verwaltung, keine Superform diese IDEE !

Und JEDER konnte " l i v e " miterleben, was da wie heranwuchs und Gestalt annahm, denn 2x nachmittags " Tag der offenen Tür " in Nürnberg bei der GFE :

die Renovierung und Einrichtung von Verwaltung und Produktion,

der explosionsartig wachsende Geschäftsbetrieb,

die steigende Anzahl der Mitarbeiter,

um nur einige Aspekte zu nennen.

Insofern hatte die Staatsanwaltschaft ebenfalls eine sehr einfache Möglichkeit sich vor Ort

Ein paar Zahlen :

Ende Mai 2010 wurden die ersten 88 BHKW aus China angeliefert. Größere Mengen an Gen Wenn ich mich richtig erinnere : 432 Stück !

Im Juni waren nach meiner Erinnerung kundenseitig ca. 130 Container mit BHKW fest best

Die Vorgehensweise hierzu war, dass sofort nach dem Eingang einer Bestellung zusammen zu bestellen war. Hierzu existierte eine Liste, welcher Kunde in welchem Container mit sein war um die jeweils max. 150 kW möglichst optimal im Hinblick auf die Container zu belegen

Dann trat das Problem mit den Steuerungen der Generatoren auf, welche nur für den Notst ausgelegt waren und nicht für den netzparallelen Betrieb.

Die Hektik, die hierauf folgte war unbeschreiblich !

Jeder fühlte sich berufen dieses Problem zu beheben.

Natürlich erging auch die Anweisung, die nächsten Lieferungen von Gensets in China zurück auf den netzparallelen Betrieb umzurüsten.

Zugegebenermaßen konnte damals die Organisation der GFE mit der gewaltigen Expansion " falsche " Personen waren am falschen Ort !

Es kam, was kommen musste ! Irgendjemand hat die Gensets aus den in China bereits lauf komplett abbestellt, denn .... als die Steuerungsfrage endlich einigermaßen zufriedenstellend plötzlich keine Gensets mehr, da diese seitens der GFE storniert worden waren und die Chinesen anderweitig verkauft hatten !

Dies führte dann Mitte August zu dem sogenannten " Russland-Feldzug ". Irgendjemand hat man in Russland ähnliche Gensets wie diejenigen aus China kurzfristig in hoher Stückzahl (

" Auf nach Russland " lautete deshalb die Devise, denn Gensets mussten dringend herbei, die Gensets schrie !

Dieser " Russland-Feldzug " entpuppte sich als ein wahrer Schlag ins Wasser. Die Stückzahl konnte keine Firma auch nur annähernd liefern !

Deshalb zurück zu den Chinesen !

Umfangreiche Bestellungen mit langfristigen Lieferabrufen wurden dort getätigt und Anfang sogar zusätzlich ein Vertrag mit einer polnischen Firma abgeschlossen werden, die sich vier Container jeden Monat zu liefern !

Insofern war abzusehen, dass - einhergehend mit der geplanten Erweiterung der Kapazität Lieferengpässe für BHKW spätestens Anfang März 2011 beseitigt sein würden.

Der finanzielle Ausgleich für die Kunden wegen den Lieferterminüberschreitungen konnte j Gewinnen des Verkaufes der BHKW bedient werden, was auch dann offiziell mitgeteilt wurde erhaltenen Kaufpreises hierfür eingesetzt werden sollten !

Wo waren wir doch gerade stehen geblieben im Hinblick auf die Vorwürfe in der PM ?????

Ach ja ----- der nicht existierende Geschäftsbetrieb !!! Selbst das ZDF zeigt Bilder aus dieser Halle richtiggehend überquillt von den vielen Maschinen und Containern, die dort --- und an standen.

Die Staatsanwaltschaft beruft sich hierbei zu gerne auf die wenigen Container, die am Netz

Ja, ja, --- was bei Airbus normal ist, das billigt man einer Firma natürlich nicht zu, die man will :

die Überschreitung von Lieferterminen bei einem neuen Produkt, so wie dies z.B. bei Airbus

Vergleichbar ist in jedem Fall hierbei auch die schlechte Informationspolitik der Firmen Airbus

Nur, wer gibt schon gerne öffentlich zu, dass und warum man Probleme hat, insbesondere, Neuheiten des Produktes zu tun haben, sondern mit Dingen, die man glaubte fest im Griff zu haben es wohl die Kabelbäume, bei der GFE insbesondere die Steuerungen, die unternehmensinterne Rängeleien und insbesondere das Thema der Anmietung von Stellplätzen.

Letzteres ist ein nicht enden wollendes Trauerspiel um Genehmigungen, Intrigen, Interventionen Energiekonzerne etc.

Entscheidend für die Lieferterminüberschreitungen war aber auch noch etwas ganz Andere

Im Oktober 2010 stellte sich heraus, dass die GFE mit der Emulsionstechnik nicht weitermass strangulierende Abhängigkeiten zu begeben, z.B. wegen Patentansprüchen Dritter etc.

Es gab deshalb nicht nur einen Wechsel in der Geschäftsführung der GFE-Production mbH, Kontakte zu uns mit dem Ziel, die Technologie der separaten Einspeisung von Pflanzenöl zu etablieren, die bereits von Anfang an geplant war und die auch im Test- bzw. Democontainer

Warum man überhaupt in der zweiten Augushälfte auf die Emulsionstechnik umgestiegen meiner Kenntnis. Wahrscheinlich, weil diese Technik noch größere Einsparungen an Pflanzen

Mitte November 2010 waren dann alle Voraussetzungen geschaffen um die GFE in eine - i - goldene Zukunft zu führen !

Ich selbst hatte dem neuen Geschäftsführer der GFE auferlegt keine Container in der bisher da alle Container umgerüstet werden sollten auf die separate Einspeisung von Pflanzenöl zu

Dass dies bei den Beschäftigten in Nürnberg zu erheblichen Unmutskundgebungen führte, nachlesen.

Als dann alle Signale auf " GRÜN " standen, kam der 30.11.2010 mit seinen Ereignissen !!

Entschuldigung --- aber wo waren wir in Bezug auf die PM der Staatsanwaltschaft stehen g

Ach ja !!

**" Nur so viele BHKW zu bauen und in Betrieb zu nehmen, wie für die Vorspiegelung eines ta Geschäftsbetriebes erforderlich waren. "**

**Ach ja ---- ganz klar ----- genauso hat die GFE dies gemacht !!**

**Dies zeigen die Lieferungen aus China ebenso wie der Vertrag mit der polnischen Firma oder uns und natürlich die über 70 Mitarbeiter etc. ---- alles nur Schein !!!!!**

**Ganz klar !!**

**Deshalb hatten wir ja auch die DEKRA Koblenz für ein entsprechendes Gutachten noch vor der neuen Geschäftsführer der GFE-Production musste sich anhören, ob er denn noch alle " Produktion keine Materialien mehr zur Verfügung zu stellen !!**

**Klar doch - jeder Cent war vorgesehen um diesen gigantischen Betrug zu speisen, an dem sie wollten !!**

**Wie diese Darlegungen zeigen ist die WAHRHEIT ganz einfach :**

**nach vielen Irrungen und Wirrungen war die GFE Mitte November 2010 dabei sich zu endgültig Markt zu etablieren ---- und dies musste wohl um jeden Preis verhindert werden !!!!!!!**

### **Zitat aus Absatz 4 der PM, Satz 3 :**

**" Die von den Anlegern eingesammelten Gelder sollen die Beschuldigten überwiegend nicht Heizkraftwerken sondern für eigene Zwecke und Zwecke Dritter verbraucht haben. "**

**In diesem Teil der PM kommt der V o r s a t z der falschen Darlegung seitens der Staatsanwaltschaft zum Ausbruch !!**

**Dies beginnt mit den " Anlegern " !**

**Dies ist vorsätzlich falsch, da es sich um K ä u f e r von BHKW handelt !!**

**Es wurden auch keine " Gelder eingesammelt " sondern die Käufer haben den Kaufpreis vorab bezahlt. Nochmals : bis in den Monat September 2010 hinein gab es im Hause GFE keinerlei Verträge und Anpachten " - übrigens ein Verfahren, was unter dem Begriff " Sale and lease back " nicht bestens eingeführt ist um z.B. Kapital schöpfen zu können.**

**Die meisten Verträge datieren aus der Zeit vor bzw. um die Preiserhöhung von Mitte August 2010, die mit umfangreichen Garantien ausgestattet waren.**

**Auch dies war der Staatsanwaltschaft bekannt !**

**In der PM wird somit gegen besseres Wissen, d.h. vorsätzlich, ein ganz anderer Eindruck erzeugt. Die Gelder der Käufer sollen überwiegend für eigene Zwecke und für Zwecke Dritter " v e r b r a u c h t " !!!**

**Es ist im Vertragsrecht eines Kaufvertrages absolut unstrittig, dass der Verkäufer die Leistung gegen den Kaufpreis.**

**Wird dieser Kaufpreis vorab entrichtet, so darf der Verkäufer nur den Teil des Kaufpreises anderweitig verwenden, welcher nicht zur Erstellung der Leistung an den Käufer benötigt wird. Dieser Anteil betrug bei der GFE ca. 50 % des Kaufpreises !!!**

**Zieht man hiervon die 15 % des Kaufpreises ab, mit welchen die GFE ihre Kunden wegen der Liefertermine entschädigen wollte, so bleiben immer noch 35 % übrig, die zur freien Verfügung der GFE.**

**In Zahlen :**

**Bei Einnahmen von ca. 60 Mio EUR incl. MWST verbleiben ca. 51 Mio. EUR an reinen Kaufpreisen.**

**Hiervon 50 % sind ca. 25,5 Mio. EUR zur freien Verfügung für die GFE.**

Davon nochmals 15 % abgezogen für die Entschädigungszahlungen an die Kunden ergibt es EUR, über welche die GFE frei verfügen konnte --- ohne ihre Gegenleistung = Installation Container etc. zu gefährden !!

Nun zum Begriff "verbraucht" in Bezug auf Geld.

"Verbraucht" bedeutet soviel wie "unwiderbringlich ausgegeben", z.B. in einer Spielbank direkten Finanzierung von Konsum verwendet.

Der Begriff "überwiegend" besagt in diesem Zusammenhang, dass die Staatsanwaltschaft Mio. EUR seitens der Beschuldigten zur Finanzierung des privaten Konsums bzw. des Konsums wurden.

Dies ist eine geradezu ungeheuerliche Beschuldigung !

Wohlgemerkt :

Geldanlagen im In- und Ausland werden von der Beschuldigung der Staatsanwaltschaft Gelder zurückholbar sind im Falle, dass diese benötigt werden sollten bzw. - bei Immobilien Teil der Gelder, der davon nicht mehr rückholbar ist, z.B. durch Währungsverluste oder Kollaps der Anlage des Geldes.

Aus dem Fragebogen auf Seite 3 ist ersichtlich, dass vielen Kunden und Vermittlern bekannter Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten in die Schweiz verlagern wollten.

Dies geschah auch vor dem Hintergrund, dass die Schweiz für die geplante, europaweite Expansion idealer Standort angesehen wurde.

In den Gläubigerversammlungen der Insolvenzverfahren wurde aufgezeigt, dass allein bei der Schweiz ca. 12,3 Mio. vorhanden sein sollen.

Rechnet man hierzu die gesamten Investitionen in Renovierung und Einrichtung der Gebäude, Einrichtungen, die bereits für den laufenden Betrieb geleisteten Aufwendungen in Verwaltung sowie die Anzahlungen auf die bestellten Maschinen, so braucht man noch nicht einmal ein festzustellen :

diese groteske Beschuldigung der Staatsanwaltschaft ist ebenso vorsätzlich falsch wie alle der Pressemeldung der Staatsanwaltschaft vom 30.11.2010 auch !!

Fazit :

Die Durchführung des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft gegen die GFE-Group ist **unrechtmässig** !!

Besonders pikant wird diese "Unrechtmässigkeit", wenn es stimmt, berichtet wird ( 08.07.2011 ) :

Die Staatsanwaltschaft soll sich schon sehr früh im Jahr 2010 mit der GFE befasst haben und zwar im Zuge von turnusmässigen Anzeigen auf der Basis Geldwäsche. So müssen wohl alle Überweisungen von mehr als 8.000 Franken automatisch an die Staatsanwaltschaft gemeldet werden, die sie tätig werden will oder nicht.

Geht man somit davon aus, dass sich deshalb die Staatsanwaltschaft im Frühjahr 2010 mit der GFE beschäftigt hat, so brechen alle in der Presse genannten Beschuldigungen in sich zusammen wie ein Kartenhaus. Die Staatsanwaltschaft von Anfang im Bilde gewesen, wie die Realität bei der GFE war.

Es gibt aber auch noch eine andere Möglichkeit :

Geht man davon aus, dass der Staatsanwaltschaft tatsächlich eine oder sogar mehrere Anzeigen anonym, die nichts mit Geldwäsche zu tun hatten, dann ergibt sich - unter der Voraussetzung, dass die Staatsanwaltschaft vorher noch nicht mit der GFE befasst war - weiterhin die folgende Variante:

für diese Anzeigen, die dann aber wohl schon vor November 2010 hätten vorliegen müssen  
Ablauf eines solchen Ermittlungsverfahrens, sind nur äusserst schlampige Vorermittlungen  
dem Motto " Na, solche Fälle kennen wir doch zur Genüge ".

Dann heisst es auch sehr schnell " Hey, Richter, lass mal eine Reihe Haftbefehle rüberwach  
folgenden Konten dicht, wir wollen den Laden mit großer Mannschaft ( volles Programm !!

Der Richter ist dann natürlich auch sehr schnell bei der Sache, da auch er " solche Fälle " zu

NUR : in einem solchen Fall hätte man s p ä t e s t e n s Mitte Dezember 2010 genügend I  
um das Ermittlungsverfahren sofort einstellen zu müssen, was ich auch Herrn Oberstaatsa  
Mail am 14.12.2010 mitgeteilt habe mit dem Angebot über den Inhalt dieser Mail sofort ein  
Versicherung abgeben zu wollen ! Herr OSta Träg hat den Eingang dieser Mail bestätigt !

Zu dieser " Eidesstattlichen Versicherung " = meiner Zeugenaussage, kam es dann aber ers  
nur deshalb, weil ich richtiggehend " um diese Zeugenaussage gebettelt habe " wie Markus  
schreibt !

WARUM musste das Ermittlungsverfahren spätestens Mitte Dezember 2010 eingestellt wer

Die Firma GFE war in vollem Geschäftsbetrieb ! Alle Unterlagen waren greifbar und man ko  
entsprechend direkt befragen um zu erfahren wie die Realität war :

## Liefervereinbarung

zwischen

**GFE ENERGY AG**  
Bahnhofstrasse 21  
CH-9100 Herisau AR  
Schweiz  
Vertreten durch den Geschäftsführer  
Claus-Jürgen Maier  
nachstehend als „Abnehmer“ bezeichnet

und

**AGREGATY PEX-POOL PLUS**  
ul Metalowców 35  
39-200 Dabica  
Polen  
Vertreten durch den Geschäftsführer Janusz Kania  
nachfolgend als „Hersteller“ bezeichnet.

Diese Vereinbarung besteht aus:

- A) Allgemeiner Teil
- B) Einkaufsbedingungen der GFE ENERGY
- C) Qualitätssicherung

### A) Allgemeiner Teil

#### I. Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages ist die Lieferung von Blockheizkraftwerken in Containerbau kann monatlich bis zu 50 komplette Blockheizkraftwerke in Containerbauweise bestellt werden (mindestens einen Seecontainer, 2x75 kw Motoren und die erforderlichen Aggregate sowie notwendigen Tank.) Die Produkte werden nach den Plänen und Vorgaben des Abnehmers gefertigt. Der Abnehmer kann dem Hersteller bestimmte Zulieferer vorgeben, von denen er sich die Komponenten, die vom Abnehmer vorgegeben wurden, abzunehmen.

#### II. Neu- und Weiterentwicklung von Vertragsprodukten

Die Parteien arbeiten bei der Weiterentwicklung der Vertragsprodukte eng zusammen, um technisch führende Produkte am Markt anbieten zu können. Aus der Zusammenarbeit erfindungen sind Eigentum des Abnehmers.

Der Hersteller verpflichtet sich, alle Schutzrechte des Abnehmers weder mittelbar noch unmittelbar anzugreifen.

#### III. Preise

Die vereinbarten Preise werden in einem halbjährlichen Gespräch (Mitte und Ende des Jahres) abgestimmt und festgehalten und gelten jeweils für die Dauer eines halben Jahres. Änderungen der Einkaufspreise bei den Zulieferern des Herstellers, werden die Preisänderungen an den Abnehmer weitergegeben. Preisänderungen können erst 3 Monate nach Bekanntgabe an den Abnehmer werden.

IV. Exklusivität

Dem Hersteller ist es verboten die Produkte, die er für den Abnehmer herstellt, selber zu verkaufen.

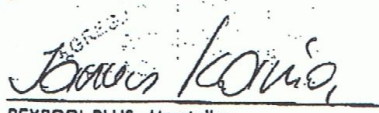
V. Vertragsdauer

Dieser Vertrag tritt mit Unterzeichnung durch beide Parteien in Kraft und wird für die Dauer von 12 Monaten geschlossen. Danach verlängert er sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht mit 3 Monaten zum jeweiligen Jahresende gekündigt wurde.

Der vorliegende Vertrag und die Anhänge, welche integrierender Vertragsbestandteil sind, sind ausgefertigt und von den Parteien unterzeichnet. Jede Partei erhält je ein Exemplar.

Herlsau, den 2.11.2010

  
GFE ENERGY AG - Abnehmer

  
PEXPOOL PLUS - Hersteller



B) Einkaufsbedingungen der GFE ENERGY AG vom 15.10.2010

Für Bestellungen gelten ausschließlich die folgenden Einkaufsbedingungen:

1. Widerruf unserer Bestellung

Bestellungen sind vom Hersteller innerhalb von 5 Arbeitstagen schriftlich anzunehmen. Ist dies nicht möglich, so muss er dies schriftlich begründen.



潍坊华源内燃机制造有限公司

WEIFANG HUAYUAN DIESEL ENGINE MANUFACTURE CO

Room B315, Diamond Business Center, No. 227 East Dongfeng Street, Weifang, Shando

商业发票

COMMERCIAL INVOICE

致

发票编号

To: GFE MBH

InvoiceNo: wfhv62

DIESELSTR. 24 90441NUREMBERG (GERMANY)

日期

PHONE NO.:0049 0 1805 890400

Date:September 7.

FAX NO.:0049 0 1805 890401

定单号:

装 由

Order No. 11

Shipped per ss/mv

付款方式:

装船口岸

目的地

From: QINGDAO ,CHINA

To: NUREMBERG,GERMANY

Payment Item: T

唛头和号码 Marks & Nos.	品名和包装 Description & Packing	数量 Quantity	单价 Unite price CIF NUREMB
N/M	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 20KW	1PKG	USD5540/PKG
	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 30KW	14PKGS	USD6070/PKG
	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 40KW	8PKGS	USD6930/PKG
	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 50KW	2PKGS	USD7880/PKG
	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 150KW	2PKGS	USD17310/PKG
	FREIGHT CHARGE TO NUREMBERG	2X40'FCL	USD5350/40'FCL
	INSURANCE TO NUREMBERG	1X40'FCL	USD570/40'FCL
	PACKING :IN PLYWOOD CASES	1X40'FCL	USD450/40'FCL
	SAY: U.S.DOLLARS TWO HUNDRED AND EIGHT THOUSAND AND SIXTY ONLY.		TOTAL AMOUN

潍坊华源内燃机制造有限公司

WEIFANG HUAYUAN DIESEL ENGINE MANUFACTURE CO.

Room B315, Diamond Business Center, No. 227 East Dongfeng Street, Weifang, Shandong

商业发票

COMMERCIAL INVOICE

致

发票编号

To: GFE MBH

InvoiceNo: wfhy

DIESELSTR. 24 90441NUREMBERG (GERMANY)

日期

PHONE NO.:0049 0 1805 890400

Date:October 18,

FAX NO.:0049 0 1805 890401

定单号:

装 由

Order No. 12&

Shipped per ss/mv

付款方式:

装船口岸

目的地

From: QINGDAO,CHINA

To: NUREMBERG,GERMANY

Payment Item: \_

唛头和号码 Marks & Nos.	品名和包装 Description & Packing	数量 Quantity	单价 Unite pr CIF NUREN
N/M	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 10KW	6PKGS	USD5000/PKC
	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 20KW	3PKGS	USD5140/PKC
	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 30KW	3PKGS	USD5670/PKC
	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 40KW	4PKGS	USD6530/PKC
	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 50KW	27PKGS	USD7380/PKC
	DEUTZ ENGINE AND STAMFORD GENERATOR 100KW	6PKGS	USD11010/PK
	FREIGHT CHARGE TO NUREMBERG	4X40'FCL 1X20'FCL	USD5100/40'F USD3200/20'F
	INSURANCE TO NUREMBERG	4X40'FCL 1X20'FCL	USD525/40'F USD300/20'F
	PACKING :IN PLYWOOD CASES		TOTAL AMO
	SAY: U.S.DOLLARS THREE HUNDRED AND SEVENTY NINE THOUSAND EIGHT HUNDRED AND SEVENTY ONLY.		

**Man beachte die Stückzahlen und die Nummer des jeweiligen Lieferabrufes !!**

**Weiterhin sind dort auch Preise enthalten sowie Transportkosten und Verpackungskosten.**

**Zum Vergleich : der Verkaufspreis für eine 150 kW Anlage betrug ca. 105.000 EUR v o r d e 15.08.2010 !**

**Jetzt schauen wir hier mal rein : in die StPO !!**

## **Strafprozeßordnung**

### **§ 160**

**(1) Sobald die Staatsanwaltschaft durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von dem Ver  
erhält, hat sie zu ihrer EntschlieÙung darüber, ob die öffentliche Klage zu erheben ist, den !**

**(2) Die Staatsanwaltschaft hat nicht nur die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung  
ermitteln und für die Erhebung der Beweise Sorge zu tragen, deren Verlust zu besorgen ist.**

**(3) Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sollen sich auch auf die Umstände erstrecken,  
Rechtsfolgen der Tat von Bedeutung sind. Dazu kann sie sich der Gerichtshilfe bedienen.**

**(4) Eine Maßnahme ist unzulässig, soweit besondere bundesgesetzliche oder entsprechend  
Verwendungsregelungen entgegenstehen.**

**Diesen gesetzlichen Regelungen haftet ein gravierender MANGEL an**

**Während überall im Rechtswesen gilt, dass Kläger und Beklagter z  
Parteien sein müssen, ist dies bei der Staatsanwaltschaft nicht der F**

**Hier entscheidet ein Staatsanwalt eigenherrlich, was, wie, ob überha  
Gewichtung er untersucht bzw. erforscht !**

**Wie der Fragebogen auf Seite 3 zeigt, sind mehr als 50 % der Befragten der Ansicht, dass e  
lediglich einseitig zu Lasten der Beschuldigten ermittelt --- und nur 1 Person erachtet die E**

**Ganz anders sieht dies z.B. die Generalstaatsanwaltschaft :**

Der Generalstaatsanwalt  
in Nürnberg

Der Generalstaatsanwalt • 90429 Nürnberg • Bärenschanzstr. 70

Sachbearbeiter  
StA(Gr)

0911/321-2873

0911/321-2873

poststelle@gensta-nu.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben  
Unsere Zeichen, Unsere Nachricht vom  
5 AR 126/11

31.

Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche der GFE-Gruppe (Az. 507 Js  
der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth)

hier: Ihre Eingabe vom 11.04.2011

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

Ihre Eingabe vom 11.04.2011, ursprünglich gerichtet an die Bayerische Staatsanwaltschaft, ist mir – wie Sie wissen – vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz Verbraucherschutz zur weiteren Behandlung zugeleitet worden, da die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth meiner Dienstaufsicht untersteht.

Über Hintergrund und Gang des in Rede stehenden Ermittlungsverfahrens bin ich informiert. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth erstattet in regelmäßiger Weise den Bericht über den aktuellen Stand der Angelegenheit. Darüber hinaus werde ich mir in anderem Zusammenhang zu verschiedenen Punkten weitere Stellungnahmen und Aktenauszüge vorlegen lassen.

Die Prüfung und Bewertung der im Raum stehenden Tatvorwürfe sowie die Feststellung der zur Aufklärung des Geschehens, zur Sicherung des Verfahrens und zur Leistung von Rückgewinnungshilfe geboten erscheinenden Schritte sind Sache der örtlichen Staatsanwaltschaft als der Herrin des Ermittlungsverfahrens.

Brief-/Hausanschrift  
Bärenschanzstraße 70  
90429 Nürnberg

Öffentl. Verkehrsmittel  
Haltestelle Bärenschanze  
U-Bahn-Linie U1, U11

Telefon  
0911/321-01  
(Vermittlung)

Telefax  
0911/321-2873

poststelle@gensta-nu.de



halten. Bei der Sichtung der angesprochenen Unterlagen habe ich keine darauf gefunden, dass die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth einem unbe-  
Tatverdacht nachgeht oder bei ihren Ermittlungen nicht im Einklang mit de-  
lichen Vorgaben der Strafprozessordnung agiert.

Im Übrigen gehen die von Ihnen beklagten Maßnahmen, die in das Vern  
Unternehmen der GFE-Gruppe und in die Freiheit ihrer Verantwortlichen  
zwar auf diesbezügliche Anträge der Staatsanwaltschaft zurück; die maß-  
Entscheidungen als solche sind aber von einem Gericht in verfassungsre-  
währleisteter Unabhängigkeit (Art. 97 Abs. 1 des Grundgesetzes, Art. 85 d  
sung des Freistaats Bayern) erlassen worden und insoweit ohnehin jeg  
flussnahme durch einen Generalstaatsanwalt entzogen.

Die Unterstellungen, dass Sie und andere Betroffene "von der Staatsan-  
betrogen" worden seien, dass "Entlastungsmaterial ... unter den Tisch fa-  
sen" werde und dass im Zuge der Ermittlungen "Grundgesetze und Rech-  
schädigten mit Füßen getreten" würden und "das Gesetz zurecht geboge-  
weise ich mit Nachdruck zurück.

Dienstaufsichtliche Schritte sind im Ergebnis nicht veranlasst.

Hochachtungsvoll

I. A.

gez. Baltes

Staatsanwalt als Gruppenleiter

Die Staatsanwaltschaft beantragt z.B. eine Arrestierung und legt dem Richter hierzu Unterl in den meisten Fällen überhaupt keine Möglichkeit erlauben zu können, was ihm da so vor keine Zeit und kein Personal ( z.B. in der Art einer Gegen-Staatsanwaltschaft ) zur Verfügung

Im Fernsehen ist dieses Problem schon gelöst ! Da haben die berühmten Strafverteidiger in Ermittler zur Hand um auch zugunsten ihres Mandanten zu ermitteln.

Dieses Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft offenbart aber auch noch einen weiteren ( Strafrecht :

Ein " Ping-Pong-Spiel " zu Lasten der Betroffenen und evtl. sogar zu Lasten Dritter ! !

Ping : Staatsanwaltschaft beantragt Arrestierung von Vermögenswerten des/der Beschuld

Pong : Richter stellt den Beschluss aus.

Ping : Generalstaatsanwaltschaft sagt, da können wir nichts machen. Das hat der Richter

Pong : Richter ist unabhängig sagt der Gesetzgeber. Ist dem Antrag der Staatsanwaltschaft

Ping : Staatsanwaltschaft sagt zur Generalstaatsanwaltschaft : Aufgrund u n s e r e r E r r  
Ordnung !

Frage : wer überprüft, ob die Staatsanwaltschaft t a t s ä c h l i c h in beide Richtungen er  
Im Klartext :

Die Generalstaatsanwaltschaft macht sich nicht selbst vor Ort kundig !

Sie ist ein reiner, zahnloser Papiertiger, der frisst, was ihm vorgesetzt wird !

Wie kann eine Aufsichtsbehörde so vorgehen, wenn ganz konkrete Anhaltspunkte vorliegen  
Staatsanwaltschaft ( ==> einseitige Ermittlungen !! ) ? Warum hört man nicht mal diejeni  
Beschwerden vorbringen ????

Schauen wir uns nun mal ein weiteres Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft an :

1.7. M

Der Generalstaatsanwalt  
in Nürnberg

Der Generalstaatsanwalt • 90429 Nürnberg • Bärenschanzstr. 70

Herrn  
Hans-Ullrich Strunk  
Rothbachstraße 9  
57627 Hachenburg

Sachbearb.  
OSTA K

Tel.  
0911/321-2

Tel.  
0911/321-2

E-  
poststelle@gensta-n.bayern  
(Kein Zugang für formbedürftige  
Erklärungen in Rechtssachen)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben  
Unsere Zeichen, Unsere Nachricht vom  
4 Zs 341/11

Da  
28.06.2

Ermittlungsverfahren gegen **Verantwortliche der Staatsanwaltschaft Nürnberg**  
wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung u.a.;

hier: Beschwerde der Antragsteller vom März 2011 gegen die Verfügung der  
Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth vom 25.02.2011 (Az. 108 AR 230537/1)

### **Bescheid**

Der Beschwerde vom März 2011 gegen die Verfügung der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth vom 25.02.2011 gebe ich keine Folge.

Auf die vorbezeichnete Beschwerde wurden die einschlägigen Vorgänge von mir unter Beiziehung der Akten überprüft. Ergebnis ist, dass die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, der Strafanzeige gemäß § 152 Abs. 2 StPO keine Folge zu geben, der Sach- und Rechtslage entspricht.

Insoweit wird, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die zutreffende Begründung der angegriffenen Verfügung Bezug genommen. Das Vorbringen der Antragsteller rechtfertigt keine andere Beurteilung, da sich dieses in kaum nachvollziehbaren Vermutungen und Unterstellungen erschöpft.

Brief-/Hausanschrift  
Bärenschanzstraße 70  
90429 Nürnberg

Öffentl. Verkehrsmittel  
Haltestelle Bärenschanze  
U-Bahn-Linie U1, U11

Telefon    Telefax  
0911/321-01    0911/321-2873  
(Vermittlung)

E-Mail  
poststelle@gensta-n.bayern.n



Zwischenzeitlich hat nun auch das Oberlandesgericht Nürnberg im Rahmen eines Haftprüfungsverfahrens die Vorgehensweise der beteiligten Beamten und Richter überprüft und festgestellt, dass ein dringender Tatverdacht in Bezug auf alle inhaftierten Beschuldigten ebenso besteht, wie die von der Staatsanwaltschaft vorgetragenen Haftgründe.

Somit liegt nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vor, die Beschuldigten könnten den objektiven oder subjektiven Tatbestand eines Straftatbestandes bei Erfüllung ihrer beruflichen Aufgaben im Rahmen des Strafverfahrens erfüllt haben.

Daher muss es mit der Verfügung der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth vom 25.02.2011 sein Bewenden haben.

Zivilrechtliche Ansprüche werden durch diesen Bescheid nicht berührt.

I. A.  
gez.  
Kölbl  
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt:



Leipold, JAng

**Erkennen Sie das " Ping - Pong - Spiel ", welches hier in Vollendung zelenbriert wird, da da:  
Glauben Sie aber ja nicht, dass damit die Liste der Mitspieler vollständig ist !  
Bei weitem nicht :**



IN: 17.7.11

Der Generalstaatsanwalt  
in Nürnberg

Der Generalstaatsanwalt • 90429 Nürnberg • Bärenschanzstr. 70

Herrn  
Hans-Ullrich Strunk  
Rothbachstraße 9  
57627 Hachenburg

Sachbearbeiter  
LOStA Dr. Kimmel

Telefon  
0911/321-2601

Telefax  
0911/321-2873

E-Mail  
poststelle@gensta-n.bayern.de

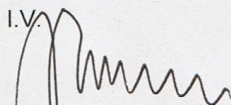
Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Bitte bei Antwort angeben Unsere Zeichen, Unsere Nachricht vom	Datum
01.06.2011	1 Zs 764/11	06.07.2011

**Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde vom 01.06.2011 über Herrn Oberstaatsanwalt Kölbl**

Sehr geehrter Herr Strunk,

auf Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde über Herrn Oberstaatsanwalt Kölbl vom 01.06.2011 habe ich die Akten geprüft. Dienstaufsichtliche Maßnahmen sind nicht veranlasst, da ein Fehlverhalten von Herrn Oberstaatsanwalt Kölbl nicht ersichtlich ist. Mit Bescheid vom 28.06.2011 wurde über Ihre Beschwerde vom März diesen Jahres über die Verfügung der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth vom 25.02.2011 im Verfahren 108 AR 230537/11 entschieden. Angesichts des Umfangs des Verfahrens ist dies nicht zu beanstanden.

Mit freundlichen Grüßen

I.V.  


Dr. Kimmel  
Leitender Oberstaatsanwalt

Brief-/Hausanschrift  
Bärenschanzstraße 70  
90429 Nürnberg

Öffentl. Verkehrsmittel  
Haltestelle Bärenschanze  
U-Bahn-Linie U1, U11

Telefon  
0911/321-01  
(Vermittlung)

Telefax  
0911/321-2873

E-Mail  
poststelle@gensta-n.bayern.de

Bayerisches Staatsministerium der  
Justiz und für Verbraucherschutz

Bayerisches Staatsministerium der  
Justiz und für Verbraucherschutz • 80097 München

POSTEINGANG

30. DEZ. 2010

Herrn  
Manfred Distler  
c/o GFE mbH  
Dieselstr. 24  
90401 Nürnberg

Sachbearbeiterin  
Frau Moerke

Telefon  
(089) 5597-2657

Telefax  
(089) 5597-3569

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
15.12.2010

Bitte bei Antwort angeben  
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
II - 11976/10

Datum  
22. Dezember 2010

Sehr geehrter Herr Distler,

in Ihrer Eingabe setzen Sie sich kritisch mit gerichtlichen Entscheidungen auseinander.

Dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist es als Organ der Justizverwaltung wegen der verfassungsrechtlich gewährleisteten richterlichen Unabhängigkeit verwehrt, gerichtliche Verfahren zu überprüfen oder gerichtliche Entscheidungen abzuändern, aufzuheben oder auch nur zu bewerten. Die Gerichte sind nach Art. 97 Abs. 1 des Grundgesetzes und nach Art. 85 der Verfassung des Freistaates Bayern unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Ihre Entscheidungen können nur im ordentlichen Rechtsmittelweg angefochten werden.

Soweit Ihr Schreiben als strafprozessualer Antrag oder Rechtsbehelf auszulegen sein könnte, habe ich es zuständigkeitshalber an den Herrn Präsidenten des Landgerichts Nürnberg weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

Kornprobst  
Ministerialrat



Hausanschrift:  
Prielmayenstr. 7  
Justizpalast  
80335 München

Haltestelle  
Karlsplatz (Stachus)  
S-Bahn, U-Bahn  
Trambahn

Telefon  
(089) 5597-01  
(Vermittlung)

Telefax  
5597-2322

E-Mail:  
poststelle@stmjv.bayern.de  
Internet:  
<http://www.justiz.bayern.de>

Bayerische Staatskanzlei · 80535 München

GFE Production GmbH  
Herrn Geschäftsführer  
Gerhard Zwanziger  
Dieselstraße 24  
90441 Nürnberg

Ihre Nachricht vom 20.12.2010  
Ihr Zeichen

Unsere Nachricht vom  
Unser Zeichen B II 3 – E 10 – 3214 – 1


München, 03.01.2011  
Durchwahl: (089) 2165 – 2280

Sehr geehrter Herr Zwanziger,

im Auftrag von Herrn Ministerpräsidenten Horst Seehofer bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom 20. Dezember 2010, in dem Sie sich kritisch zu Ermittlungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft und des Amtsgerichts Nürnberg äußern. Ich kann Ihnen hierzu Folgendes mitteilen:

Aufgrund des in der Bayerischen Verfassung verankerten Ressortprinzips führt jedes Ministerium die ihm zugewiesenen Geschäfte in eigener Verantwortung. Da das von Ihnen vorgetragene Anliegen ausschließlich in die Zuständigkeit des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und seines Geschäftsbereiches fällt, habe ich Ihr Schreiben diesem Staatsministerium zugeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

  
Stefan Schumann  
Oberregierungsrat

Telefon: (089) 21 65 - 0  
Telefax: (089) 21 65 - 29 44

E-Mail: [staatskanzlei@stk.bayern.de](mailto:staatskanzlei@stk.bayern.de)  
Internet: [www.bayern.de](http://www.bayern.de)

Franz-Josef-Strauß-Ring 1  
80539 München

**Raten Sie mal, auf der Basis welcher Unterlagen diese Instanzen alle operieren ??**

**RICHTIG : auf den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft.**

**Diese Akten bzw. Aussagen werden nicht nur von diesen o.g. Instanzen heran-  
anderen Gerichten benutzt um z.B. dingliche Arrestierungen vorzunehmen und  
neue Haftbefehle auszustellen :**

<http://www.anwalt24.de/beitraege-news/fachartikel/gfe-blockheizkraftwerke-a-geschaedigten-gelingt-sicherung-von-anspruechen>



**Gilt die " Unschuldsvermutung " nicht mehr ???**

**Wie kann es zu solchen Urteilen kommen ????**

**Hierbei sind " AG Augsburg " und " AG Baden-Baden " bei weitem kein Einzelfall !**

**Für das Finanzgericht Baden-Württemberg gilt diese " Unschuldsvermutung " als sogenannt Fall :**

nahmt der Unternehmer das Entgelt für eine noch nicht ausgeführte steuerpflichtige Leistung, gilt dies nach § 14 Abs. 5 UStG sinngemäß. Die erforderlichen Angaben gemäß § 31 Abs. 3 Umsatzsteuerrichtlinien - UStDV - auch in den Unterlagen enthalten sein.

Der Vorsteuerabzug aus Rechnungen über Lieferungen, auf die eine Anzahlung entfiel, setzt voraus, dass alle maßgeblichen Elemente des Steuergegenstandes der künftigen Lieferung, bereits bekannt und somit insbesondere die Gegenstände der Lieferung zum Zeitpunkt der Anzahlung genau bestimmt sind (EuGH-Urteil vom 12. Februar 2006 C-419/02, BUPA Hospitals u.a., BFH/NV 2006, Beilage 3, 273, F 48, 50); denn Lieferungen von Gegenständen unterliegen der Mehrwertsteuer, die als Gegenleistung erbrachten Anzahlungen für noch nicht klar bestimmte Leistungen von Gegenständen. Die Rechnung, bzw. die nach § 31 UStDV weiterzulegenden Unterlagen, müssen deshalb Angaben tatsächlicher Art enthalten, welche eine eindeutig nachprüfbare Feststellung der Leistung ermöglichen, über die abgerechnet ist (BFH Urteil vom 24. August 2006 V R 16/05; Bundessteuerblatt Teil II 2006, 340).

Nach den vorgelegten Unterlagen war objektiv erkennbar, dass die Ast ein Blockheizkraftwerk mit 10 kW Leistung anschaffen wollte. Die genauen technischen Details ergaben sich insbesondere aus der Anlage „technische Beschreibung“, wonach ein Blockheizkraftwerk mit einem Deutz D 226B-3D Motor, einer Leistung von 10 kW und einem STAMFORD BCI 164 C Generator erwerben wollte. Eine genauere Beschreibung, insbesondere eine individuelle Seriennummer, ist nicht erforderlich.



3. Das Gericht geht nach der gebotenen summarischen Prüfung gemäß § 69 FGO von den vorliegenden Unterlagen zur Zeit davon aus, dass die GFE mbH tatsächlich ein Blockheizkraftwerk liefern wollte und daher der Vorsteueranspruch der Ast aus den Ergebnissen des Strafverfahrens gegen die Verantwortlichen der GFE mbH nicht bekannt.

**Sie sehen, es geht auch anders !!**

Wenden wir uns nun einmal von den Staatsanwaltschaften ab und den Gerichten zu.

Hier kommt zunächst dem Amtsgericht eine zentrale Rolle zu, da dieses ja die Anträge der Staat Personen im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren zu bescheiden hat.

Und da sieht es so richtig übel aus !!

Ich hatte schon darauf verwiesen, dass die Richter immer nur das zu sehen kriegen, was da auf angerichtet wurde. Sie haben kaum die Möglichkeit mal über den Tellerrand hinweg zu schauen, es mal wieder schnell gehen muss !

Ist ein Beschluss dann erst mal ergangen, dann heißt es für den Richter : „ Wie ergangen, so mi

Insofern sind natürlich dann auch alle Beschwerden von dritter Seite im Hinblick auf die Auswir! von Erfolg gekrönt, da ein Richter – aus verständlichen Gründen – seinen eigenen Beschluss ni

Also geht man in die nächste Instanz – das Landgericht !

Und erlebt sein „ blaues Wunder „ !!

Denn : viele Richter in Nürnberg waren früher mal Staatsanwälte, man kennt sich und alle Vortei insbesondere die gegenseitigen Abhängigkeiten, die das derzeitige staatsanwaltschaftliche Sys

Dies hat dann logischerweise direkten Einfluss auf die Abfassung von Beschlüssen !

Beispiel : die Sache mit dem Insolvenzantrag der GFE mbH.

FI Holding • Bahnhofstraße 21 • CH-9100 Herisau

Amtsgericht Nürnberg  
- Registergericht -  
Flaschenhofstraße 35  
90402 Nürnberg  
Per Fax: 0911 - 321 1298

Bahn  
CH-9

info@  
www

Tel +  
Fax +

**HRB 26797**  
**Geschäftsführerwechsel**

20.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus aktuellem Anlass (staatsanwaltliche Ermittlungen Az. STA: 507 Js 1612/10) wurde  
Gesellschafterbeschluss vom 09.12.2010 der Geschäftsführer Herr Teichelmann Rene  
geb. 16.01.1984, seiner Vertretungsberechtigung enthoben.

Zum neuen Geschäftsführer wurde mit gleichem Datum Herr Hackner Andreas, Matthias  
102, 86633 Neuburg an der Donau, geb.: 27.04.1967, bestellt.

Mit freundlichen Grüßen



---

FI Holding

**Hintergrund :**

Die GFE mbH hatte beim Landgericht Nürnberg Beschwerde eingelegt hinsichtlich des Beschlus  
vorläufige Insolvenzverfahren einzuleiten.

Die GFE mbH bezieht sich hierbei darauf, dass Herr Teichelmann nicht mehr Geschäftsführer de  
Zeitpunkt der Antragstellung und dass deshalb die Anordnung des vorläufigen Insolvenzverfahr

Nach über einem Monat !! hat das Landgericht Nürnberg diese Beschwerde aus formalen Gründ

Diese Begründung ist absolut unverständlich !


Ich habe einmal an der Hochschule gelernt, dass es oberste Pflicht sei eines Gerichtes den „Willen“ zu ermitteln. Und dies hätte man innerhalb von einer Woche problemlos tun können, denn dazu hätte man die inhaftierten Gesellschafter Horst Kirsten und Karl-Heinz Zumkeller befragen müssen und auch prüfen, ob sie schließlich auf der Basis eines Arrestbeschlusses des AG Nürnberg inhaftiert worden!

Warum hat das Landgericht dies nicht getan? Das erfahren Sie über die folgende Beschwerde:

**Ausfertigung**

12 Qs 29/11  
58 Gs 18930/10 Amtsgericht Nürnberg  
58 Gs 3689/11 Amtsgericht Nürnberg  
507 Js 1612/10 Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth

Verf.	First
RA	ZEINGEGAN
SS	06. April 2011
Stück- Spr.	
z.d.A.	



## LANDGERICHT NÜRNBERG-FÜRTH

### BESCHLUSS

vom  
1. April 2011  
in der Strafsache  
gegen


Horst Michael Kirsten, geboren am 30. Juli 1952 in Boppard, verheiratet, Geschäftsführer, deutscher Staatsangehöriger, [redacted]  
[redacted], z.Zt. JVA Nürnberg

Verteidiger: Rechtsanwältin [redacted]  
[redacted]  
Rechtsanwalt [redacted]  
[redacted]

---

wegen Betrugs

hier: Haftbeschwerde



Aus Seite 8 der Begründung zu diesem Beschluss heisst es:

Verfahren teilnehmen. Diese Gefahr muss sich bei objektiver Betrachtung n ständigen Erwägungen aus bestimmten Tatsachen ableiten lassen. In die g ne Gesamtwürdigung sind alle entscheidungserheblichen Umstände des l falles, vor allem die persönlichen Verhältnisse des Täters einzubeziehen. I sind die auf eine Flucht hindeutenden Umstände gegenüber denjenigen ak gen, die ihr entgegenstehen (vgl. Karlsruher Kommentar zur StPO, 6. A 2008, Bearbeiter Graf, § 112 Rn. 16; Meyer-Goßner, 52. Auflage 2009, StPO Rn. 17 und 22). Die in dem Strafverfahren zu erwartenden Rechts sind bei der Prüfung der Fluchtgefahr mit zu berücksichtigen. Die Erwartun; hohen Strafe kann zwar in der Regel noch nicht allein, sondern nur in Verb mit weiteren Umständen die Fluchtgefahr begründen (Vgl. OLG Hamr schluss vom 23.06.2008 – 2 Ws 170/08; OLG Hamm, Beschluss vom 28.1. 2 Ws 27/2000, 3 Ws 27/00; OLG Köln, Beschluss vom 20.01.2006 – 1 \ 4/06, 1 Ws 3/06, 1 Ws 4/06; LG München I 8. Strafkammer, Beschlus 22.03.2000 – 8 Qs 4/2000, 8 Qs 4/00). Jene weiteren Umstände sind aber weniger erforderlich, je höher die Straferwartung liegt. So liegt es hier, de Beschwerdeführer hat eine ganz erhebliche Strafe zu erwarten, bei der das dernis weiterer Umstände in den Hintergrund tritt, und bei der eine höhere scheinlichkeit für die Annahme spricht, der Beschwerdeführer werde sic Strafverfahren entziehen, als für die Erwartung, er werde – in Freiheit belu am Verfahren teilnehmen.

Das Verhalten des Beschwerdeführers ist strafbar als Betrug im bes schweren Fall in einer derzeit unbekannten Anzahl von tateinheitlichen Der bestehende dringende Tatverdacht umfasst auch die Begehung des Be als Bande, die sich zur Fortgesetzten Begehung zusammengeschlossen h gewerbsmäßig handelte, so dass die Tat als ein Verbrechen nach § 263, Akt u. 5 StGB zu bewerten ist. Die Mindestfreiheitsstrafe beträgt ein Jahr. A punkte für einen minder schweren Fall sind nicht ersichtlich. Der Umstanc die Kammer die Betrugstaten als eine Tat beurteilt, ist insoweit ohne Belang

Der Beschwerdeführer sieht sich zudem zivilrechtlichen Ansprüchen der A in Millionenhöhe ausgesetzt sowie einer negativen Presse, welche massiv wirkungen auf seine hiesige wirtschaftliche Existenz haben und somit ein

**Diese Art der " Urteilsfindung ohne Prozess " des Landgerichtes Nürnberg-Fürth ist einfach**

**NUR : das Amtsgericht Nürnberg kann dies noch viel besser !**

**Betrachten wir dazu diesmal das Bürgerliche Gesetzbuch ( BGB ) :**

**Bürgerliches Gesetzbuch**



## **§ 181**

**Ein Vertreter kann, soweit nicht ein anderes ihm gestattet ist, im Namen des Vertretenen n oder als Vertreter eines Dritten ein Rechtsgeschäft nicht vornehmen, es sei denn, dass das in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht.**

**Das OLG Hamm führt 1983 dazu wie folgt aus :** " Die Beschränkungen des [§ 181 BGB](#) sind einer j immanent; das Verbot des Selbstkontrahierens gilt also für Vertretungen jeglicher Art, sowohl für gewill damit auch für "

**Die Amtsgerichte sind nicht vom " Himmel gefallen " sondern sie sind " Vertreter " !**

**Sie vertreten im Fall von Nürnberg den Bayerischen Staat vor Ort.**

**Und was tut nun das Nürnberger Amtsgericht : Es nimmt mit sich selbst Rechtshandlungen**



## Amtsgericht Nürnberg

90429 Nürnberg,  
Bärenschanzstr. 72a  
U-Bahnhal.: Bärenschanze  
Tel.: 0911/321-2704/05  
Fax: 0911/321-2876

Ermittlungsrichter  
Geschäftszeichen: *196d 19502-19521/10*

Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth  
Aktenzeichen: 507 Js 1612/10

25. NOV.

### Pfändungsbeschluss

In Vollziehung des Dinglichen Arrestes des Amtsgerichts Nürnberg vom 25.  
Az. *536d 19284-19303/10*, werden gemäß §§ 111d Abs. 2, 111f Abs. 3 St  
StPO i.V.m. §§ 928, 930, 829, 840 ZPO für den

Freistaat Bayern, vertreten durch die  
Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth

- Gläubiger -

sämtliche bestehenden und künftigen Forderungen der

GFE - Gesellschaft zur Förderung  
erneuerbarer Energien mbH,  
Dieselstr. 24, 90411 Nürnberg

- Schuldner -

aus allen vorhandenen Geschäftsverbindungen (Konten, Depots, etc.), ins  
aus den Konten Nr.: 1571108032, 1571106622  
bei der

Oberbank AG Linz  
Zweigniederlassung Bayern  
Oskar-von-Miller-Ring 38  
80333 München

- Drittschuldner -

in Höhe von 29.439.512 € gepfändet.





Amtsgericht Nürn  
Insolvenzgericht

Abschrift

**8200 IN 2238/10**

Geschäftszeichen bei allen Zuschriften bitte angeben !

90402 Nürnberg, 30.12.20  
Flaschenhofstraße 35  
Tel.: (0911) 321 - 1182  
Fax: (0911) 321 - 1299

Sprechzeiten: Mo. – Fr. 8.30 – 11.30  
oder nach Vereinbarung

**Beschluss:**

In dem Verfahren über den Antrag der

**Fa. GFE – Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien mbH**, ges.  
d. d. GF Rene Teichmann, **Dieselstr. 24, 90441 Nürnberg**

auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über deren Vermögen

1.

Zur Sicherung des Schuldnervermögens vor nachteiligen Veränderungen wird  
gemäß § 21 Abs. 1 und 2 InsO am 30.12.2010 um 10.00 Uhr

**vorläufige Insolvenzverwaltung**

angeordnet.

Zum vorläufigen Insolvenzverwalter wird bestellt:

**Herrn Rechtsanwalt Hans Raab, Ziegelsteinstr. 199, 90411 Nürnberg**

2.

Eine Aufrechnung oder Verrechnung eingehender Gelder/Zahlungen seitens der  
Gläubiger mit Forderungen ist nicht statthaft.

Maßnahmen der Zwangsvollstreckung gegen die Schuldnerin werden, soweit nie  
unbewegliche Gegenstände betroffen sind, untersagt bzw. einstweilen eingestell  
21 Abs. 2 Nr. 3 InsO). (Ausnahmen: Abgabe der eidesstattlichen Versicherung g  
§§ 807, 900, 903, 883 Abs. 2 ZPO; § 284 AO).

Ist doch hübsch - nicht war ??

Erst wird gepfändet und dann wird plattgemacht, weil die Firma halt nicht mehr zahlen kan  
Sie sind der Ansicht, der § 181 BGB trifft nicht zu, da dies jeweils andere Richter beschloss

Da täuschen Sie sich aber gewaltig ! Schauen Sie mal in den " Pfändungsbeschluss " .

Da steht : " Freistaat Bayern, vertreten von der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth "

Die Vertretung des Freistaates Bayern ist das Amtsgericht - ebenso wie dies die Staatsanw.  
einzelne Staatsanwalt - dieser ist nur " Erfüllungsgehilfe " oder so etwas ähnliches !

**IM KLAR-TEXT : die Durchführung des Insolvenzverfahrens ist von Anfang an nichtig !**

**Diese Verfahren hätten niemals durchgeführt werden dürfen !**

**Hierauf habe ich bereits v o r der Eröffnung des Verfahrens gegen die G  
Beschwerde nach GG § 17 hingewiesen, die dann - natürlich - vom Landg  
abgelehnt wurde :**

Ausfertigung

## Landgericht Nürnberg-Fürth

Az.: 11 T 2352/11

8261 IN 2238/10 AG Nürnberg



In Sachen

**GFE - Gesellschaft Zur Förderung Erneuerbarer Energien MbH**, vertreten durch d  
schäftsführer, Dieselstraße 24, 90441 Nürnberg

- Schuldnerin - ,

### Weitere Beteiligte:

Hans-Ullrich Strunk, Postfach 1221, 57621 Hachenburg

- Beschwerdeführer -

wegen Beschwerde in Insolvenzsachen

erlässt das Landgericht Nürnberg-Fürth -11. Zivilkammer- durch den Richter am Land  
Bader als Einzelrichter am 01.04.2011 folgenden

## Beschluss

1. Die sofortige Beschwerde des Hans-Ullrich Strunk gegen den Beschluss de  
gerichts Nürnberg vom 01.03.2011, Geschäftszeichen: 8261 IN 2238/10, wir  
zulässig verworfen.
2. Die Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt der Beschwerdeführer.
3. Der Streitwert für das Beschwerdeverfahren wird auf 5.000,- € festgesetzt.

Schauen wir dazu mal in die ZPO :

## **Zivilprozessordnung**

### **§ 945**

Erweist sich die Anordnung eines Arrestes oder einer einstweiligen Verfügung als von Anfang an unzulässig, wird die angeordnete Maßregel auf Grund des § 926 Abs. 2 oder des § 942 Abs. 3 aufgehoben. Die Anordnung erwirkt hat, verpflichtet, dem Gegner den Schaden zu ersetzen, der ihm aus der angeordneten Maßregel oder dadurch entsteht, dass er Sicherheit leistet, um die Vollziehung der Maßregel zu erwirken.

Die Anordnung eines " vorläufigen Insolvenzverfahrens " kommt einer einstweiligen Verfügung gleich.

Was meint eigentlich das StGB zu dieser Sache ?

## **Strafgesetzbuch**

### **§ 266**

(1) Wer die ihm durch Gesetz, behördlichen Auftrag oder Rechtsgeschäft eingeräumte Befugnis zu verfügen oder einen anderen zu verpflichten, mißbraucht oder die ihm kraft Gesetzes, durch Rechtsgeschäft oder eines Treueverhältnisses obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen zu wahren und dadurch dem, dessen Vermögensinteressen er zu betreuen hat, Nachteil zufügt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

**Ach ja, zu den 29.439.512 EUR, die da gepfändet werden sollten, aus dem Grunde natürlich auch :**

### **§ 267**

(1) Wer zur Täuschung im Rechtsverkehr eine unechte Urkunde herstellt, eine echte Urkunde fälscht oder eine unechte oder verfälschte Urkunde gebraucht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung der Urkundenfälschung verbunden hat,
2. einen Vermögensverlust großen Ausmaßes herbeiführt,
3. durch eine große Zahl von unechten oder verfälschten Urkunden die Sicherheit des Rechtsverkehrs gefährdet oder
4. seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger mißbraucht.

(4) Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer die Urkundenfälschung als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung von Straftaten nach den §§ 263 bis 264 oder 267 bis 269 verbunden hat, gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt.

Aber das Amtsgericht Nürnberg kann noch viel mehr !!

So wird nichts unversucht gelassen, die Glaubwürdigkeit von potentiellen Zeugen zu zerstören.



Ausfertigung

**Amtsgericht Nürnberg**

Ermittlungsrichter II

29  
90429 Nürnberg, 24.06.11  
Bärenschanzstr. 72a  
U-Bahnhalte.: Bärenschanze  
Tel: 0911/321-2704-05  
Fax: 0911/321-2876

**Geschäftsnummer:** 58 Gs 11577/2011  
**StA:** 507 Js 1612/10

Ermittlungsverfahren gegen: **Kirsten Horst Michael**

**Beschluß**

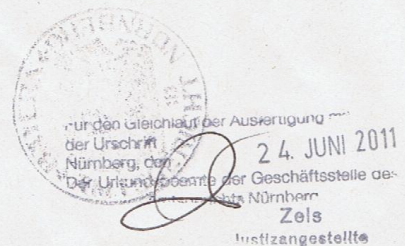
Der Brief (nebst Anlagen) von Ullrich Strunk vom 01.06.11 an den Beschuldigten Kirsten Horst Michael wird in Abfertigung beschlagnahmt und zur Akte gegeben, da er als Beweismittel für das Verfahren in Betracht kommt (§§ 94, 98 StPO).

Der Brief und die Anlagen enthalten offensichtlich Angaben, die das Verfahren betreffen:

Einfluß von Erzengel Gabriel auf die GFE; Kampf des Metatron (Erzengel der Materie, des Geldes, des materiellen Glücks) gegen die GFE; Botschaft von Jesus Christus über Nofretet an alle Menschen, ins Paradies überzugehen - Zeitrahmen: 10 Jahre nach dem Überfall der Knechte des Metatron auf die GFE. Schreiben der Lords of Justice Europe zu den Entwürfen der GFE und den Ermittlungen gegen die GFE. Mahnscheidsantrag von Herrn Strunk gegen Freistaat Bayern. Schadensersatz aus Unfall vom 30.11.2010 bis 26.05.2011 i.H.v. 4.000 Euro; Schadensersatzforderung von 75.892 Euro an den Ministerpräsidenten wegen Stilllegung des Geschäftsbetriebes der GFE. Landtagseingabe vom 04.05.2011. Beschwerde gegen die nicht erfolgte Dienstaufsicht über die GenSta Nürnberg u.

Das Original wird weiterbefördert.

Pucher  
Richter am Amtsgericht



**Zusammenfassung :**

**Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen die GFE - Gesellschafter an unrechtmässig !!**

**Die dazu veröffentlichte Pressemitteilung ist vorsätzlich gefälscht w**

## **Die Generalstaatsanwaltschaft, das Landgericht und das Oberlandes Machenschaften von Staatsanwaltschaft und Amtsgericht !!**

**Dabei ist der Sachstand völlig klar :**

\*\*

Ermittlungsverfahren gegen die GFE-Group in Nürnberg

\*\*

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Träg,

wie Ihnen sicherlich mittlerweile bekanntgeworden ist, sind wir seit

26. 04. 2010 bis dato

Kooperationspartner der GFE-Group in Nürnberg, schwerpunktmässig

der GFE Production GmbH.

Nachdem die entsprechende Pressemitteilung mittlerweile auch von Ihrer Pressestelle - für jedermann zugänglich - veröffentlicht wurde, möchte ich ausdrücklich feststellen, dass die erhobenen Vorwürfe absolut unhaltbar und unzutreffend sind.

Ich verweise hierzu :

auf Unterlagen, unsere Kooperation mit der GFE betreffend, die Sie im Hause der GFE beschlagnahmt haben, insbesondere von mir gefertigte Sprachfiles, Dokumente, PowerPointPräsentationen und den USB-Stick, den ich am 29.11.2010 per Einschreiben an die Geschäftsführung der GFE Production gesandt habe,

auf die Darlegungen auf meiner Homepage [www.hans-ullrich-strunk.de](http://www.hans-ullrich-strunk.de)

auf den Sachverhalt, dass wir in der gesamten Zeit des Zusammenwirkens keinerlei Anzeichen auch nur für einen der von Ihnen vermuteten Tatbestände erkennen konnten.

auf den für mich nicht nachvollziehbaren Vorgang, wie sich die Staatsanwaltschaft und auch das ZDF - Frontal21 - zu diesem massiven Vorgehen hinreissen lassen konnten - ohne sich vorher kundig zu machen !

Ich verweise hierbei insbesondere auf den derzeitigen Stand der Technik im Automobilbau unter dem Aspekt der Verbrauchswerte von Dieselmotoren ( ==> die BHKW der GFE bestehen aus Dieselmotor + Generator ! ), die Informationen im Internet, z.B. auf das Pflanzenöl-BHKW, was von Prof. Konstantin Meyl in der Entwicklung begleitet wurde. Dieses BHKW verbraucht nur 25 % Rapsöl, der Rest ist Wasser !! Ich rede hier vom technischen Stand Ende 2009 !!

Ein Stand, der bereits seit 1992 für Dieselmotore dokumentiert ist - aber, warum auch immer - bisher nicht angewandt wird.

weiterhin darauf, dass es sich bei den Kunden der GFE nicht um " Anleger " handelt sondern um " Käufer ".

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, gilt in Bezug auf einen Kaufvertrag das Prinzip von Leistung und Gegenleistung.

Welcher Schaden soll denn hier eingetreten sein ???

Wenn überhaupt, dann in einigen Fällen höchstens ein Schaden aus Verzug wegen des Überschreitens von Lieferzusagen.

Oder was sonst ???

Und diese wenigen Verzugsschäden hat die GFE ja wohl auch bedient oder sagen die betreffenden Personen in den Internet - Foren die Unwahrheit ?

darauf, dass ich es für schier unmöglich halte, dass Gelder " zweckentfremdet " verwendet worden sind.

Zweckentfremdet bedeutet für mich in diesem Zusammenhang, dass die GFE ihre Gegenleistung zur Kaufpreiszahlung nicht mehr erfüllen konnte, weil sie ausgeblutet wurde.

Dies erscheint mit kaum glaubhaft - und zwar deshalb :

Die GFE benötigt bei ordnungsgemässer Wirtschaftsführung lediglich ca 30 % aus der Kaufpreiszahlung des Kunden um die Gegenleistung, d.h. die Lieferung und Installation des BHKW im Container, bewirken zu können.

Der Rest des Kaufpreises ist schlicht und einfach Überschuss !

darauf, dass am 15.11.2010 mit uns ein weiterer Kooperationsvertrag geschlossen wurde mit Wirkung bis zum März 2011.

Wir erkennen hieraus, dass das Geschäftsmodell der GFE langfristig angelegt ist !

Last but not least.

Wenn ein hochinnovatives Produkt parallel zur Serienreife entwickelt und gleichzeitig damit hergestellt wird, dann kommt es schnell zu einer " nicht ordnungsgemässen Wirtschaftsführung " mit allen denkbaren Facetten. Muss man hierzu gar die gesamte Produktion erst noch aufbauen, so macht dies die Dinge auch nicht gerade einfacher. Es treten viele Probleme auf - auch solche, die man von der Art und vom Umfang her nicht im Kalkül hatte.

Aus all diesen Gründen möchte ich Sie bitten, die GFE Group unverzüglich wieder in den Stand zu versetzen, der vor dem 30.11.2010 bestand !

Oder wollen Sie mit ansehen wie sich dieses hochinnovative und hochprofitable Unternehmen dem Diktat beugen muss, dass man - nach dem eingetretenen Fall des Unmöglichwerdens der weiteren Geschäftsausübung - max. 3 Wochen Zeit hat, um ein Unternehmen zu sanieren ? Diese " Eieruhr " läuft für die GFE am 22.12.2010 ab !

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Hans Ullrich Strunk

Postfach 1221 D-57621 Hachenburg

N.S. Sollten Sie diese Darlegungen in Form einer eidesstattlichen Aussage benötigen, so bin ich gerne bereit, dies unverzüglich nachzuholen !

\*\*